



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Ursula Münch / Heinrich Oberreuter / Jörg Siegmund (Hrsg.): **Komplexe Farbenlehre. Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017.**

Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 2021, 307 S., ISBN: 978-3-593-51032-3

Das Jahr 2017 markierte für die bundesdeutschen Liberalen eine erstaunliche Wiederauferstehung: Sie steigerten ihren Stimmenanteil um fast 250 Prozent und kehrten in den Bundestag zurück. Wer sich von dem auf eine Tutzinger Tagung vom Herbst 2017 zurückgehenden Band Aufschluss über die Gründe für dieses in der bundesdeutschen Parteiengeschichte bislang kaum vorgekommene¹ Comeback erwartet, dürfte weitgehend enttäuscht werden: FDP und Liberalismus kommen hier allenfalls am Rande vor.

Aber nicht nur dieser Umstand bestärkt die zunehmenden Vorbehalte des Rezensenten gegen diese Art der Kompilation: Die insgesamt 16, auf vier Abschnitte (Einführung – Wahlergebnis und Wahlverhalten – Wahlkampf – Parteiensystem) verteilten Kapitel sind ziemlich heterogen. Ihr Umfang geht von drei (der einzige dezidiert der FDP gewidmete Text) bis zu 46 Seiten über die bislang vergeblichen Versuche, das Wahlrecht zu reformieren. Methodisch reicht das Spektrum von Erfahrungsberichten aus unterschiedlicher Perspektive, u.a. durchaus mit Gewinn zu lesen von Bernard Vogel über seine Koalitionspolitik in Rheinland-Pfalz und Thüringen, über zeithistorische Abrisse längerer oder kürzerer Reichweite, u.a. und ebenfalls gut lesbar von Tim Geiger über die Geschichte der CDU, bis hin zu anspruchsvollen quantitativen Untersuchungen von Demoskopern und Kommunikationswissenschaftlern. Hinzu kommt ein unterschiedlicher Entstehungszeitpunkt, teils offenbar unmittelbar nach der Tagung, teils auch erst zweieinhalb Jahre später.

Das mag den vergleichsweise späten Veröffentlichungszeitpunkt des Sammelbandes erklären, der bereits in das Vorfeld der nächsten Bundestagswahl gefallen ist, was dem Rezensenten zugegebenermaßen einen starken Vorteil gegenüber manchen der hier geäußerten politikwissenschaftlichen Schlussfolgerungen verschafft. Beispielsweise lässt sich mit Wissen um den Ausgang vom September 2021 weder die These aufrechterhalten, dass die Rolle des neuerlichen Juniorpartners in einer Großen Koalition der SPD schadet – so drei Mitarbeiter von Infas auf S. 114 bzw. zwei Mainzer Publizistik-Forscher auf S. 155 –, noch die, dass es einen dauerhaften Trend zu den „Rändern“ des Parteienspektrums gibt, wie Heinrich Oberreuter annimmt (S. 22 ff). Gewinner waren diesmal in unterschiedlichem Maße die Parteien der Mitte und der linken Mitte, während die „extremen“ wie AfD und vor allem die Linke verloren. Allerdings hat sich der schon länger bestehende Trend weg von den „Volksparteien“ (ebd. S. 19) fortgesetzt, da CDU/CSU weit mehr an Stimmenanteilen verloren als die SPD dazugewann.



¹ Die Grünen waren nach 1990 zumindest durch ihren ostdeutschen Arm weiterhin im Bundestag vertreten, die PDS nach 2002 mit zwei Direktmandaten; die Kleinparteien aus der Anfangszeit der Bundesrepublik sind samt und sonders nach ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel bzw. dem Aussetzen der Wahlhilfe durch die CDU in der Versenkung verschwunden.

Auch wenn es berechnete Skepsis gegenüber dem Gesamtkonzept des Sammelbandes geben mag, etliche Einzelbeiträge nimmt man dennoch mit Gewinn zur Kenntnis. So zeigt in einem umfangreichen Problemaufriss Mitherausgeber Jörg Siegmund, wie verfahren die Lage bei der eigentlich unumgänglichen Wahlrechtsänderung ist und warum die meisten Lösungsvorschläge an den unterschiedlichen Interessen scheitern, und äußert dabei auch Kritik an den durch die Fünf-Prozent-Klausel hervorgebrachten Verzerrungen (S. 70 f.). Letztlich führe der Weg zu einer Einhegung der Mandatszahl im Bundestag nur über eine Neueinteilung der Wahlkreise, da alles andere (Direktmandate, Proporz, Erst- und Zweitstimme) „vermint“ Teile des Wahlrechts seien (S. 75). Beruhigend nimmt man auch zur Kenntnis, dass Manipulationsversuche der öffentlichen Meinung via Internet für das Wahljahr 2017 zwar festgestellt worden seien, diese aber, vor allem weil das Fernsehen immer noch der wichtigste politische Informationskanal gewesen sei, letztlich erfolglos waren. Eine Garantie, dass dies bei fortschreitender Digitalisierung vieler Lebensbereiche auch in Zukunft so bleiben wird, wollen die fünf Münsteraner Kommunikationswissenschaftler aber nicht geben (vgl. S. 181 f u. 187).

Hier interessiert natürlich vor allem der Nutzen des Bandes für die Liberalismus-Forschung. Und der ist leider gering und eher mittelbar aufzufinden. Während alle anderen Parteien mit Ausnahme der AfD² ausführlicher und fundiert, z.T. auch doppelt (SPD, CSU) abgehandelt werden, stammt der einzige Kurzbeitrag direkt zur FDP von einem Kommunikationsberater und gibt unter der Überschrift „Alles falsch gemacht“ einen kurzen Überblick über deren unerwartet erfolgreiche Wahlkampagne. Die Strategen im Hans-Dietrich-Genscher-Haus dürften sich über den Text freuen, aber vergeblich nach angeführten Gründen für den Überraschungserfolg suchen.

Ob die vor allem in der geschickten Vernetzung mit Start up-Unternehmen zu finden sind (S. 192), scheint kaum ausreichend. Es weist aber auf den Umstand hin, dass schon 2017 die FDP überdurchschnittlichen Erfolg bei den – männlichen – Jungwählern hatte, so der Befund der drei Infas-Mitarbeiter (S. 110 f.). Andererseits ist dieser – und der folgende – Wahlerfolg eigentlich umso erstaunlicher, weil man seit langem weiß, dass die Berichterstattung über die Parteien mit Ausnahme der Grünen in den klassischen Medien eher negativ ist, besonders im Hinblick auf die FDP, wie Thomas Petersen von Allensbach in seiner Analyse zum politischen Klima 2017 hervorhebt (S. 130). Wenn er zugleich davon ausgeht, dass dieses Meinungsklima nicht ohne Folgen auf die Wähler bleibt, dann könnte der Zuspruch für die Liberalen unter jüngeren Wählern auch auf deren im Vergleich zu den Älteren verändertes Verhalten bei der Informationsgewinnung zurückgehen, in dem die gedruckte Presse und das analoge Fernsehen nicht mehr die Hauptrolle spielen.

Das könnte angesichts des Umstandes, dass die FDP-kritische bis -ablehnende Haltung in Presse, Funk und Fernsehen derzeit im Zuge der Regierungsbildung wieder voll durchschlägt, für die Partei tröstlich sein: Es gibt nun andere Möglichkeiten, große Wählerschichten vom liberalen Einfluss auf das Geschehen zu überzeugen, vor allem wenn sich der neue Kanzler im Umgang mit seinen Koalitionspartnern mehr am letzten Unions-Kanzler als an seinen beiden unmittelbaren Vorgängern orientiert (vgl. S. 224 u. 301).

Auch wenn, wie gesagt, das Gesamtkonzept des Bandes nicht überzeugen kann, so kann man aus Einzelbeiträgen auch für die Liberalismus-Forschung Gewinn ziehen. Der Rezensent ist schließlich zuversichtlich, dass demnächst Analysen zur jüngsten Bundestagswahl dem Liberalismus mehr Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Sie nimmt allerdings großen Raum in den „Gesamtschauen“ ein, etwa in der knappen, aber fundierten Analyse von Frank Decker zur Regierungsbildung 2017.